



Sie verlassen den Bundesrat: Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann (FDP, links) und Uvek-Vorsteherin Doris Leuthard (CVP), hier im Gespräch mit Finanzminister Ueli Maurer (SVP). Bild: Peter Klauzner/Keystone (Bern, 11. November 2016)

Nun folgen Wochen der politischen Spannungen

Bundratsnachfolge Mit Doris Leuthard tritt nach Johann Schneider-Ammann ein weiteres Bundesratsmitglied per Ende Jahr zurück. In der CVP geht nun das Buhlen möglicher Nachfolger los, in der Landesregierung das Sesselrücken.

Fabian Fellmann und Henry Habegger

Und wieder ist alles anders. Nachdem FDP-Bundesrat Johann Schneider-Ammann am Dienstag seinen Rücktritt auf Ende Jahr angekündigt hatte, folgte gestern das nächste politische Beben. Auch CVP-Magistratin Doris Leuthard gibt ihren Sitz per Ende 2018 ab. Ihre Partei gerät damit für die Ersatzwahlen am

5. Dezember in eine ungleich schwierigere Lage als die FDP. Dort zeichnet sich eine Spitzenkandidatur durch die 54-jährige St. Galler Ständerätin Karin Keller-Sutter ab. Bei der CVP hingegen kommt das Buhlen der Interessenten erst jetzt richtig in Gang. Die Stimmung in der Fraktion ist angespannt. Seit Leuthard vor einem Jahr sagte, sie würde spätestens

2019 gehen, stehen die Erben in den Startblöcken – eine Position, die auf Dauer mehr als ein bisschen unbequem ist. Verschärft wird die Situation dadurch, dass sich mit dem Luzerner Konrad Graber, dem Bündner Stefan Engler und Parteipräsident Gerhard Pfister die drei aussichtsreichsten Kandidaten aus dem Rennen genommen haben. Damit wird das Kandidatenfeld breiter – und

die Rivalitäten nehmen zu. In der Fraktion werde nicht mehr offen diskutiert, sagt ein Mitglied. Die Parteifreunde misstrauen einander. Das Stimmungstief dürfte nun mehrere Wochen anhalten, bis sich abzeichnet, wer es auf das CVP-Ticket schafft. Klar ist: Es gibt mindestens einen Zweivorschlag, darunter mindestens eine Frau. Gute Chancen ausrechnen kann sich die Walliser Natio-

nalrätin Viola Amherd. Die 56-jährige Anwältin sagt, sie wolle nun mit Partei und Umfeld Gespräche führen. Mit dem Amt liebäugelt auch der Solothurner Ständerat Pirmin Bischof. «Vor fünf Jahren hätte ich bedenkenlos kandidiert», sagt der 59-jährige Wirtschaftsanwalt. «Aber seit ich zwei kleine Töchter habe, denke ich anders. Ich möchte mich nur zur Verfügung stellen, wenn ich den

Schneider-Ammanns Vorpreschen irritiert Leuthard

Zeitpunkt Sie versuchte gestern an der Rücktrittspressekonferenz gar nicht erst, ihren Ärger zu verbergen. Doris Leuthard fühlt sich von ihrem Kollegen Johann Schneider-Ammann, kurz JSA, überrumpelt. «Er hat immer gesagt, er gehe Ende 2019», so die abtretende CVP-Bundesrätin auf eine Journalistenfrage. Und nein, ihr Rücktritt sei nicht mit jenem des FDP-Wirtschaftsministers abgesprochen gewesen. Die Aargauerin gab aber an, sie hätte eigentlich heute Freitag ihre Demission verkünden wollen. Ihr Rücktrittsschreiben ist denn auch auf heute datiert. Weil aber nach dem abrupten Abgang von Schneider-Ammann die Spekulationen um ihre eigene Zukunft ins Kraut schossen, zog sie die Bekanntgabe um einen Tag vor.

Bereits in den letzten Tagen war von gut informierten Politikern zu erfahren: Leuthard sei aus allen Wolken gefallen, als sie von Schneider-Ammanns Rücktritt erfuhr. «Sie ist sauer, sie fühlt sich unter Druck gesetzt», hiess es. Leuthard waren die Hände gebunden, weil sie sich bei der UNO in New York befand, als ihr Kollege in Bern vor die Medien trat. Dabei, so Insider weiter, habe die CVP in den letzten Monaten versucht, mit der FDP ein koordiniertes Vorgehen zu vereinbaren. Ohne Erfolg. CVP-Präsident Gerhard Pfister wollte gestern nicht sagen, ob dies zutrifft. «No comments», sagte er nur. Was dafür spricht, dass es so war. Insider reden sogar davon, die Truppe um Schneider-Ammann habe Leuthard bewusst «in die Suppe gespuckt».

Demnach realisierte das Umfeld von Schneider-Ammann, dass Leuthard am letzten Freitag der laufenden Session zurücktreten wollte. Wie es sich gebührt an einem Tag also, an dem sowohl das Parlament als auch der Bundesrat in Bern zu Sitzungen zusammenkommen. Sie wollte Bundesversammlung und Regierung gleichermassen persönlich informieren.

Kampf um Aufmerksamkeit

Aber Schneider-Ammann beziehungsweise seinem Umfeld habe die Aussicht, mit Leuthard abzutreten, nicht gefallen. Was nicht weiter erstaunt, denn kein Bundesrat teilt diese letzte grosse öffentliche Würdigung gerne mit anderen. Das JSA-Umfeld habe zudem befürchtet, so

meinen einige, dass der bedächtige Grosspapa aus dem Emmental neben der gewandten Strahlefrau aus dem Aargau verblissen würde. Jedenfalls habe sein Umfeld Anfang Woche gezielt durchsickern lassen, dass der Wirtschaftsminister heute Freitag zurücktreten wolle. Ziel sei gewesen, einen Vorwand zu schaffen, um den Rücktritt vorzulegen. Was dann auch geschah. Schneider-Ammann trat am Dienstag vor die Medien. Begründung: Die Medien hätten Wind von seinen Plänen bekommen, und er wolle nicht, dass seine Frau eine Woche lang lügen müsse, wenn sie gefragt würde. «Schneider-Ammann hatte gar nie vor, am Freitag zurückzutreten», behauptet ein bekannter Politiker, der sich auf Insiderinformationen beruft, aber nicht

genannt werden will. Dann wäre der Abtritt des ehemaligen Obersten generalstabsmässig inszeniert worden. Dafür spricht: Der Wirtschaftsminister und sein Umfeld reagierten gelassen auf die Indiskretion um seine Rücktrittsplanung. Und: Es ist sehr aussergewöhnlich, dass der Rücktritt eines Bundesrats schon fast eine Woche vorher bekannt wird. In der Regel sickert er einige Stunden vorher durch. Dann, wenn Parteigremien und Bundesratskollegen informiert werden. Genau so, wie es gestern im Fall Doris Leuthard geschah. Am frühen Vormittag gab es erste konkrete Hinweise, und zwei Stunden später verlas der Nationalratspräsident ihr Rücktrittsschreiben.

Henry Habegger



Das CVP-Kandidatenkarussell dreht sich. Von oben links im Uhrzeigersinn: Nationalrätin Andrea Gmür-Schönenberger (LU), Regierungsrat Benedikt Würth (SG), Nationalrätin Viola Amherd (VS), Ständerat Erich Ettlin (OW), Ständerat Pirmin Bischof (SO), Nationalrat Daniel Fässler (AI), Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (BL) und Bundeskanzler Walter Thurnherr (AG). Bilder: Keystone, Regina Kühne

Rückhalt meiner Familie und genug Zeit für sie habe.» Interessiert zeigt sich weiter der Obwaldner Erich Ettlin, seit zwei Jahren im Ständerat. «Ich habe das Gefühl, es steht der Zentralschweiz wieder an, einen Bundesrat oder eine Bundesrätin zu stellen», sagt der 56-jährige Steuerexperte. «Ich lasse mir das Ganze jetzt durch den Kopf gehen.»

Vom Bundeskanzler zum Bundesrat?

Auch weitere mögliche Anwärter bedingen sich Bedenkzeit aus, vom Zuger Ständerat Peter Hegglin über die Luzerner Nationalrätin Andrea Gmür und die Baselbieter Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter bis zum Appenzeler Nationalrat und Landammann Daniel Fässler. Zwei Bewerbungen ausserhalb des Parlaments hätten allerdings das Zeug, die Ersatzwahlen richtig spannend werden zu lassen: Bundeskanzler Walter Thurnherr (55) wird das nötige Format attestiert; doch drohte der CVP so der Verlust des Stabschefs des Bundesrats, eines einflussreichen Postens. Regional-

politische Turbulenzen könnte eine Kandidatur von Benedikt Würth, Präsident der Konferenz der Kantone und St. Galler Finanzdirektor, auslösen. Am 5. Dezember wird zuerst der CVP-Sitz besetzt, dann jener der FDP. Tritt Würth an, kann die FDP nicht voll auf Karin Keller-Sutter setzen, eine Ostschweizer Doppelvertretung würde das Parlament kaum zulassen. Die Wahlen würden damit unberechenbarer. Würth nimmt sich jedoch Zeit: «Die Frage einer Kandidatur werde ich nun mit meiner Partei und meinem Umfeld gründlich analysieren und zum gegebenen Zeitpunkt einen Entscheid fällen», sagt der 50-jährige. Parteipolitische Spannungen sind auch zu erwarten, weil es nach den Ersatzwahlen zu einer grossen Departementsrochade kommen könnte. Gemäss Anciennitätsprinzip kann, sofern noch im Amt, der dienstälteste Bundesrat Ueli Maurer (SVP) als Erster wählen. Er würde die Finanzen behalten. Als nächste sind die SP-Vertreter an der Reihe: Justizministerin Simonetta Sommaruga und nach ihr Innenminister Alain Berset. Ihre

«Ich möchte mich nur zur Verfügung stellen, wenn ich den Rückhalt meiner Familie und genug Zeit für sie habe.»

Pirmin Bischof
Solothurner CVP-Ständerat

Partei hat Interesse daran, das einflussreiche Infrastrukturdepartement Uvek zurückzuerobern: Bis 2010 regierte dort Moritz Leuenberger. Allerdings sind die Aussichten für die SP nicht rosig. Die Fronten im Bundesrat haben sich zuletzt verhärtet, die Ereignisse von 2010 könnten sich wiederholen. Damals wollte die neu gewählte Sommaruga ins Wirtschaftsdepartement. Weil sie einen Wahlgang vor dem anderen Neuen, Johann Schneider-Ammann, gewählt worden war, hätte sie sich zuerst das Wirtschaftsdepartement schnappen dürfen. Aber die bürgerliche Mehrheit entschied anders: Sommaruga wurde das Justizdepartement aufgebremst, Schneider-Ammann hingegen erhielt wunschgemäss die Wirtschaft, Leuthard wechselte von dort ins attraktivere Uvek.

Der bürgerliche Block verteidigt seine Macht

Sommaruga könnte erneut Opfer eines solchen Mehrheitsentscheids werden. Auguren glauben, der gut eingespielte Viererblock von SVP und FDP werde die

Departementsverteilung nach seinem Gusto durchsetzen. Dann müsste Sommaruga im EJPD bleiben, ins vakante Uvek könnte etwa SVP-Mann Guy Parmelin wechseln. Oder, je nach Wahlausgang, einer der beiden Ersatzleute für Schneider-Ammann und Leuthard. Sogar Bundespräsident Alain Berset ist nicht gefeit vor einer Zwangsversetzung. Sein Innendepartement mit dem Gesundheitssektor ist Objekt einiger Begierden. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Arzt und Gesundheitspolitiker Ignazio Cassis einst gerne Bersets Department übernehmen hätte. Mit einer grossen Rochade könnte es nun so weit kommen. Berset würde sich dann im Verteidigungs-, im Aussen- oder im Wirtschaftsdepartement wiederfinden. Bundesrätin Doris Leuthard jedenfalls macht deutlich, dass sie Doppelrücktritte nicht gut finde. Sie führten in den Departementen zu viel Unruhe. Trotzdem hat sie sich verabschiedet, um frischen Kräften Platz zu machen. Diese werden nun in den nächsten Monaten zu einer neuen Balance finden müssen.

«Ich hoffe, Sie waren zufrieden mit meiner Arbeit»

Rücktrittserklärung Zu Beginn der Medienkonferenz sitzt da die Doris Leuthard, die man kennt. Die «Strahlefrau», aufgestellt, fröhlich, immer mit einem Lächeln im Gesicht. «Ich habe schon vor längerer Zeit entschieden, dass ich auf Ende Jahr zurücktrete», sagt sie. Als sie dann während über 30 Minuten ausführt, was sie zu diesem Schritt bewegen hat, und zurückblickt auf ihre Zeit im Bundesrat, wird die 55-jährige mehrmals emotional. Sie hat Tränen in den Augen und ihre Stimme wird brüchig. Vor allem, wenn es nicht um die Politik geht, sondern um Persönliche. Etwa als sie sagt, dass sie sich freue, in Zukunft mehr Zeit mit ihrem Mann und ihrer Familie verbringen zu können. Da stockt ihre Stimme kurz, der Moment geht Leuthard

nahe. «Es ist ein Wechsel – und der ist immer auch mit Emotionen verbunden», sagt sie. «Ich habe diese Arbeit sehr gerne gemacht. Und ich hoffe, Sie waren zufrieden mit meiner Arbeit.» Ende 2006 wurde sie gewählt, zwölf Jahre sitzt die Verkehrsministerin nun schon im Bundesrat. Das ist eine lange Zeit. Und das sei lange genug, findet Leuthard. «Da spürt man auch eine gewisse Amtsdiätetik, weil die gleichen Themen immer wieder aufkommen.» Leuthard ist die amtsälteste Bundesrätin, hat viele Abgänge und Neuzugänge im Gremium erlebt. Die Arbeit in der Landesregierung habe sich in diesen zwölf Jahren ziemlich verändert, erzählt die Aargauerin. «Wir haben heute viele Fragestellungen, die man nicht mehr

aus einer rein schweizerischen Perspektive lösen kann.» Darum sei die Arbeit anspruchsvoller geworden, die Bundesräte müssten mehr reisen, so Leuthard. «Ohne diese internationale Vernetzung können wir die Interessen unseres Landes nicht genügend verteidigen», sagt sie. Sie selbst war erst am Mittwoch aus New York zurückgekommen, wo sie seit Montag am ersten Treffen des Panels zu Fragen digitaler Kooperation teilnahm. **Was bringt das Leben nach dem Bundesrat?** Sorgen macht Leuthard auch die Polarisierung in der Politik, die zugenommen habe. «Das ist nicht gut für das Land», sagt sie. Von den Parteien erwartet sie Konsens und Lösungsorientiertheit,

nicht nur die Bewirtschaftung der eigenen Themen. «Es lohnt sich nicht, bei jedem Thema den Kampf zu lancieren und alle drei Monate ein Referendum bewältigen zu müssen.» Zugenommen hat aus ihrer Sicht auch, dass die Parteien versuchen, ihre Bundesräte direkt zu beeinflussen und Druck auf sie auszuüben. Leuthard warnt vor dieser Entwicklung. Der Austausch sei wichtig, entscheiden müssten die Mitglieder der Landesregierung jedoch mit einer gewissen Distanz zu ihren Parteien. «Im Bundesrat müssen unabhängige Personen sitzen, sonst könnten wir gar nicht regieren», sagt Leuthard. Sie selbst habe versucht zu gestalten, nicht zu verwalten. In der Bevölkerung kam sie mit ihrem Stil an, sie war beliebt,

hat die meisten Abstimmungen gewonnen. Nun bleiben der Verkehrsministerin noch rund drei Monate im Bundesrat. Es ist Zeit, die sie nutzen will. «Ich werde mich bis zum Schluss sicher nicht zurücklehnen», betont sie. Was sie danach machen wird, kann oder will sie vor den Medien nicht sagen. «Ich lasse es auf mich zukommen, ich habe viele Interessen», so Leuthard. Etwas im gemeinnützigen Bereich könnte sie sich gut vorstellen. Nur eines ist ihr dabei wichtig: Die Agenda soll nicht mehr so voll sein wie in den letzten zwölf Jahren als Bundesrätin. Sie freue sich darauf, nicht mehr jede Woche zwei Mal den Koffer packen zu müssen.

Michel Bertscher